

Stellungnahme des "Bündnis Klimabegehren Flensburg" vor dem Rechts- und Innenausschuss des Kieler Landtages anlässlich der **Gesetzesvorlage der CDU/Grünen zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften, DS 20/377 am 1. März 2023**
vorgetragen durch Ralf-Detlev Strobach, Flensburg.

"Hallo...! Ich komme vom Klimabegehren Flensburg. Wir sammeln vor dem Hintergrund der Klimakatastrophe 6.000 Unterschriften, um zu erreichen, dass die größte CO2-Quelle Flensburgs - das sind wegen des großen Fernwärme-Netzes unsere Stadtwerke - bis spätestens 2035 fossilfrei werden, also kein Gas, Öl, Kohle mehr verbrennen...!"

so die vieltausendfache Ansprache von Menschen in unserer Stadt im Laufe des letzten Jahres.

Sehr geehrter Herr Kürschner! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herzlichen Dank für die Gelegenheit, hier sprechen und die **Sache der Volksbegehren und damit die Sache der direkten Demokratie** vertreten zu dürfen.

In Flensburg haben wir dann, **wohlgemerkt zu den alten, noch nicht verschärften Bedingungen**, einen grandiosen Erfolg einfahren können:

Wir haben 10.046 Unterschriften gesammelt, diese an den Stadtpräsidenten, Johannes Fuhrig, übergeben. Und dann wurden sie nach Prüfung in der Verwaltung an das Stadtparlament, die Ratsversammlung in Flensburg weitergeleitet, wo unsere Forderung 1:1 übernommen und in einem einstimmigen Entschluss, also ohne eine einzige Gegenstimme, verabschiedet wurde.

Über hundert Treffen unserer Gruppe, Tausende von Arbeitsstunden und Tausende Euro privaten Geldes sind in diesen Prozess eingegangen..., **aber nach den von der Gesetzesinitiative angestrebten neuen Bedingungen... hätten wir es nicht geschafft!**

In einem normalen parlamentarisch-demokratischen Prozess wären wir nicht so weit gekommen, hätte mit Rücksicht auf Sachzwänge der visionäre Geist gefehlt. Nicht umsonst war es bisher **nicht die Kommunalpolitik**, die diesen Beschluss ausgearbeitet und verabschiedet hat.

Wir leben in einer Zeit, in der **es** - trotz vielfältiger, anerkannter Initiativen - um unsere Demokratie nicht gut bestellt ist: Die alten Volksparteien verlieren an Bindungskraft. Die Wahlbeteiligung geht in erschreckendem Maße zurück. Die Wahrheit ist, nicht zuletzt durch den letzten amerikanischen Präsidenten, um alternative Wahrheiten, früher hätten wir gesagt: Unwahrheiten und Lügen, ergänzt worden.

Das **Gespenst des Populismus**, der **Politikverdrossenheit**, der **Abkehr von uns selbstverständlich erscheinenden Werten und Institutionen geht um**, wie es sich in der **Verunglimpfung von** und in **Angriffen auf Politiker** zeigt. Die in den Parlamenten sichtbare Spitze des Eisberges heißt AFD.

Oft wurde ich als erfolgreichster Sammler unseres BürgerInnenbegehrens konfrontiert mit Sätzen wie: "Ob ich nun unterschreibe oder nicht, ist doch egal. Die da oben machen ja doch was sie wollen...!"

Wir alle müssen gemeinsam die Demokratie neu erfinden und fest im Volk verankern. Mittel, die dazu geeignet sind, wären: **Volksbegehren und Bürgernetzwerke, Gesellschaftsräte**, die es ermöglichen, ohne falsche Rücksicht auf Klientel-Politik auch schmerzhaft Beschlüsse zu fassen und

durchzusetzen. Jegliche Mittel der **Erhöhung von Transparenz** wie sie durch Organisationen wie **"Lobby control" und "Mehr Demokratie"**, Initiativen zum niederschweligen **Zugang von Informationen wie "Wikipedia"** sind zu begrüßen. **Zivilgesellschaftliche Organisationen** die über online-Aktivitäten ein Mitgestalten politischer Prozesse erleichtern wie Campact, Avaaz, we move europe und viele andere sind ebenfalls in diesem Zusammenhang zu nennen.

Wenn Sie den von CDU und Grünen vorgelegten Gesetzentwurf weiter verfolgen, weisen Sie damit zivilgesellschaftliche Initiativen, Menschen, die unser Gemeinwesen mitgestalten möchten, die sich für unsere Demokratie interessieren, zurück und zeigen tatsächlich: "Die da oben machen ihr Ding, wollen nicht, dass die Bevölkerung mitgestaltet."

Bitte bleiben Sie bei den Bestimmungen so wie sie bisher waren, bei den Bestimmungen nach denen wir in Flensburg ein grandios erfolgreiches Klimabeglehen - Stadtwerke fossilfrei bis 2035 zum Wohle von Stadt und Region durchführen konnten als unseren Beitrag zur Erreichung der vom Verfassungsgericht eingeforderten Verschärfung der Klimaziele.

Herzlichen Dank.